



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dazu zu schreiben. Den schon im Ruhestand befindlichen Beamten wurde ein Exemplar des Aufrufs unter Umschlag übersandt, worin sich noch ein Zettelchen folgenden Inhalts befand, der „etwaige Beitrag“ würde auch von dem Postamt „entgegengenommen“ werden, bei dem der Ruhegehalt erhoben wird. Und da schreibt die Deutsche Verkehrszeitung mit der nur ihr und ihren Hintermännern eigentümlichen Naivität, der Sammlung „fehle jeder amtliche Charakter“! Der Unwille unter den Postbeamten ist allgemein; wer sich selbst davon überzeugen will, frage seinen Briefträger.

Das bedauerlichste ist, daß der alte Anflug, den man längst begraben glaubte, unter dem neuen, noch nicht einmal feststehenden Kurs wieder auferweckt worden ist.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Aus dem königstreuen Pommern. Die Landwirtschaftskammer in Stettin hat ihren ersten Jahresbericht über den Zustand der Landeskultur in der Provinz Pommern veröffentlicht. Es ist das eine Leistung des ostdeutschen Agrariertums, wie sie nicht bezeichnender gedacht werden kann. Soweit der Bericht technisch landwirtschaftliche und thatsächliche Fragen behandelt, werden fast ausnahmslos in sachlicher Weise Fortschritte zum Bessern berichtet; jedenfalls ist nirgends auch nur der Versuch gemacht, zuverlässiges neues Material zum Beweise eines wirklichen Notstands der Landwirtschaft beizubringen. Daß ein Gut im Kreise Kößlin, das 1851 für 810 000 Mark gekauft wurde, jetzt für 800 000 Mark verkauft worden ist, und daß eine Domäne, die bisher für 20 000 Mark verpachtet war, jetzt nur 15 500 Mark Pacht bringt, wird kein Urteilsfähiger als Beweis ansehen. Die Güterpreise und die Pachtgelder mußten heruntergehen, wenn die Landwirtschaft gefunden sollte. Sehr erfreulich entwickelt sich die Rentengutsbildung. Es sind bisher im ganzen 686 solche Güter geschaffen worden, im letzten Jahre allein 179. Ausdrücklich bezeugt der Bericht, daß die einzelnen Rentengutseigentümern gewährten Zahlungsstundungen nicht etwa ohne weiteres auf eine schlechte Lage der Leute schließen lassen, ebenso wenig wie die drei vorgekommenen Zwangsversteigerungen von Rentengütern in diesem Sinne gedeutet werden dürfen. In einem Falle war der in Vermögensverfall geratene Besitzer ein Verschwender, und seine Mutter hat das Gut sub hasta wiedergekauft, in einem zweiten war es ein unverbesserlicher Käufer. Selbst wenn man zugiebt, daß die Regierung den jungen Rentengütern in mancher Beziehung besonders zu Hilfe kommt, so ist, wenn die Landwirtschaft einer Provinz als völligem Ruin verfallen bezeichnet wird, weil der Betrieb nicht mehr lohne, das Gedeihen der Rentengüter immerhin ein Beweis für das Gegenteil.

Aber was man an sachlichem Beweismaterial schuldig geblieben ist, das hat man reichlich durch Schimpfen zu ersetzen gesucht. Schon die Einleitung schließt mit folgenden Sätzen: „Das Bild, welches der nachstehende Bericht giebt, ist durchweg ein trübes, aber mehr noch als das fortgesetzte Schwinden des Wohlstandes giebt das Schwinden des Vertrauens zu der jetzigen Reichsregierung Anlaß

zu ernster Sorge. Die Folgerungen daraus werden auf einem Gebiete sich zeigen, über welches hier nicht eingehend zu berichten ist; auf die daraus für unser ganzes Staatsleben sich ergebende Gefahr hinzuweisen, ist die Pflicht jedes königstreuen Mannes.“ Sehen wir zu, wie diese Pflicht im einzelnen erfüllt wird.

Bei Besprechung der Handelsverhältnisse heißt es: „Sache der Regierung ist es nunmehr, den von ihnen unter Mitwirkung des Reichstags erlassenen Gesetzen baldigst überall Geltung und Achtung zu verschaffen, wenn nicht der weit verbreitete Glaube, daß heutzutage das Großkapital über dem Gesetz stehe, bedenklich Nahrung finden soll. Mit steigender Erbitterung wird es in den Kreisen der Landwirtschaft und Kleinmüllerei empfunden, daß man trotz der wiederholten Beschlüsse selbst des jetzigen Reichstags noch nicht den Entschluß fassen kann, mit der auf Staatskosten erfolgenden Begünstigung des Großhandels und der Großmüllerei durch die gemischten Transitläger und Mühlenkonten zu brechen.“ In dem Kapitel „Beziehungen zum Staate usw.“ lesen wir: „Das Verhalten des Bundesrats in der Margarinegesetzgebung hat weitgehende Verstimmung und Verbitterung in der ländlichen Bevölkerung erregt, man sieht in demselben(!) eine Begünstigung großkapitalistischer Unternehmungen, selbst da, wo dieselben(!) dem Betrage und der Verfälschung eines wichtigen Nahrungsmittels dienen. Das Rechtsbewußtsein unsers Volkes empört sich gegen eine solche Protektion des unlauteren Wettbewerbs. Ebenso wird es nicht verstanden, daß die Staatsregierung der Einschleppung der Viehseuchen Vorschub leistet, indem sie die Einfuhr rohen Fleisches über die Grenze erleichtert hat. Die fortwährenden Ermahnungen, den Ausfall im Getreidebau durch verstärkte Viehzucht auszugleichen, werden unter solchen Umständen geradezu als Hohn empfunden. . . . Man war seit der Durchpeitschung der Handelsverträge auf alles gefaßt, daß aber der Bundesrat den Bestrebungen auf Beseitigung des krassesten Betrugs bei dem Handel mit einem wichtigen Nahrungsmittel Widerstand leisten werde, das vermochte man mit den landläufigen Begriffen von Recht und Unrecht nicht in Einklang zu bringen.“

Wir können es den Pommern nicht verargen, wenn sie einmal kräftig schimpfen, auch auf die Regierung schimpfen; aber wenn die amtliche Vertretung der pommerischen Landwirtschaft in dieser Weise politisch Regierung und Bundesrat zu beschimpfen wagen darf, dann haben die königstreuen pommerischen Rittergutsbesitzer, die das gutheißen, jedes Recht verscherzt, sich fernerhin als bessere, patriotischere, königstreuere Männer hinzustellen als Bebel, Liebknecht, Richter und Genossen. Auch für sie wäre dann die Stellung zum Staat und zum Throne eine reine Magenfrage, zu deren günstiger geschäftlicher Lösung nicht nur bestehende Notstände auf krasseste übertrieben werden, sondern der Regierung geradezu eine absichtliche Verschuldung dieser Notstände nachgesagt wird, um dann womöglich mit versteckten Drohungen zu schließen. „Schwer und schwerer, sagt der Bericht an einer andern Stelle, ringt die Landbevölkerung unsrer Provinz um ihre Existenz; wer die Verhältnisse kennt, wird derselben(!) die Anerkennung nicht versagen können, daß sie alle Kräfte bis zur äußersten Grenze anspannt, um sich zuhalten. Und doch kann jeder einzelne Landwirt mit mathematischer Genauigkeit berechnen, bis zu welchem Zeitpunkt er sich durch Ersparnis aus frühern Zeiten noch über Wasser halten kann; der völlige Ruin ist unausbleiblich, wenn wir bei einer Wirtschaftspolitik verharren, die dem Auslande und dem internationalen Großkapital zu liebe die heimische Landwirtschaft um die Früchte ihrer Arbeit bringt. Ein großes Kapital an selbstloser Treue und zäher Kraft ist in dem pommerischen Bauernstande aufgespeichert, und weise Herrscher sind bemüht gewesen, diesen Schatz zu erhalten und

zu mehren, aber was ein Jahrhundert geschaffen, kann ein Jahrzehnt vernichten, und keine Macht der Erde wird das einmal Verlorne wegzuschaffen vermögen.“

Es ist eine unglaubliche Zuversicht auf die Langmut oder Thorheit dessen, an den dieser Bericht geht, wenn auch hier wieder der „Bauer“ vorgehoben wird, in einer Provinz, wo der Bauernstand gar keine Rolle spielt, und wo mehr und länger als irgendwo in Preußen das grundbesitzende Junkertum im Bauernlegen den rücksichtslosesten Eigennutz bethätigt hat, bis endlich die hohenzollernsche Politik die Herren auf die Finger klopfte. Was die pommerschen Junker vernichtet haben, das sucht ja jetzt die Regierung mühsam wieder zu schaffen, einen Bauernstand neben dem Großgrundbesitz. Wenn das gelingt, so ist das sicher nicht das Verdienst der Junker, denn auch heute noch herrscht bei ihnen in der Bauernfrage der nackte Egoismus, der ohne Frohdienst und Schollenhörigkeit keinen Bauernstand gutheißt.

Ginge die Beschimpfung der Regierung von einer Versammlung des Bundes der Landwirte, von einer sozialistischen Gewerkschaft, von einem deutschfreisinnigen Vereine aus, so könnte man darüber lachen. Aber es ist eine Landwirtschaftskammer, eine sogenannte Selbstverwaltungsbehörde, die in dieser Weise Politik treibt. Die Wirkungen eines solchen Treibens müssen hundertmal gefährlicher werden als die wüßtesten Kundgebungen jener Vereine. Was die Pommern im Schimpfen leisten, das wird man in andern Provinzen auch zu leisten versuchen. Wenn sich dann die Handwerkerkammern ins Schlepptau solcher Landwirtschaftskammern begeben, so können wir etwas erleben. Es soll eben die unverblümteste Unbotmäßigkeit bis zum äußersten getrieben werden, dann glaubt man des Sieges sicher zu sein. Daß zeitweilig in Preußen diese Politik über die Hohenzollernpolitik einen Sieg erringen, und daß daraus unfäglicher Schaden für alle erwachsen kann, lehrt die Geschichte. Der Himmel bewahre uns vor solchem Unglück. Hohenzollernpolitik und Junkerpolitik waren von jeher ein unverföhllicher Gegensatz, ein auch nur scheinbares Zusammenfallen beider war stets eine verhängnisvolle Verirrung, eine schwere Niederlage für Staat und Königtum.

Zur Frauenfrage. In der Täglichen Rundschau ist kürzlich ein Aufsatz von Elisabeth Gnaud-Kühne erschienen, der so viel Wahres und Beachtenswertes enthält, daß ich einige Andeutungen darin noch etwas weiter ausführen möchte.

Die Frauenfrage bewegt die Gemüter. Jede einsichtsvolle Mutter einer oder mehrerer Töchter sieht, wenn sie nicht über bedeutende Mittel verfügt, ein, daß etwas geschehen muß, die weibliche Jugend auf ihre eignen Füße zu stellen. Da soll nun studirt werden, Post-, Telegraphen- und andre Beamtenlaufbahnen sollen den Frauen erschlossen werden. Die Vorkämpferinnen der Frauenfrage sprechen von Gleichberechtigung und gar wohl schon von Stimm- und Wahlrecht. Man muß sich nur wundern, daß sie für die Frauen die allgemeine Wehrpflicht noch nicht heranziehen wollen. Und doch kann die Frau auf ihren eignen Gebieten, wie Frau Gnaud-Kühne schon richtig hervorhebt, den Kampf mit dem männlichen Geschlecht nicht aushalten. Will man in wohlhabenden Kreisen etwas wirklich Gutes gekocht haben, so geht man zum Koch, und will sich die Dame ein gediegenes Kleidungsstück anschaffen, so geht sie zum Schneider, obwohl sie dort bedeutend höhere Preise zahlen muß. Mögen doch die Frauen erst einmal auf ihren eignen Gebieten ihren Platz zurück erobern! Es ist ein weites Feld und würde für viele arbeitshungrige Frauen lohnend und befriedigend sein. Ist es nötig, auf all die verwandten Gebiete hinzuweisen, wo die Frauen nach ihrer Veranlagung

Vortreffliches leisten könnten? In der Krankenpflege z. B. ist stets Mangel an ausgebildeten, leistungsfähigen Pflegerinnen. Jedermann wird zugestehen, daß die Diakonissinnen und alle übrigen Krankenpflegerinnen das beste Ansehen genießen bei Hoch und Niedrig. Ihre Ausbildung geschieht vielfach kostenfrei, bei eintretender Invaldität wird für sie gesorgt, aber — unsre zimperlichen Damen schrecken davor zurück. Krankenpflege ist ja nicht leicht; nur körperlich und geistig bevorzugte Frauen sind dazu geeignet. Aber es giebt dabei undelikate Arbeit, Gerüche, die dem ästhetischen Fräulein unangenehm sind, Nachtwachen, Unbequemlichkeiten, da müßten sie doch lieber „studiren,“ sie bedenken aber nicht, daß die Ärztin doch auch an vieles Undelikate ohne Zaudern heranmuß, und daß z. B. eine Entbindung leiten einen Aufwand von Kraft und Selbstbeherrschung verlangt, vor dem unsre Damen erschrecken würden. Ja die Zimperlichkeit unsrer Mädchen, schafft die aus der Welt, lehrt sie frisch zugreifen, ihre Körperkräfte üben und stählen, lehrt sie Freude und Genugthuung finden an dem Nächstliegenden, damit wir gesunde Mütter, tüchtige Köchinnen, Schneiderinnen, Pflegerinnen, Landwirtinnen, Meierinnen, Gärtnerinnen bekommen und was dergleichen gottbegnadete Berufsarten mehr sind. Nehmt euren Töchtern die faden Romane aus der Hand, aus denen sie nur verzerrte und überspannte Ideen herauslesen, laßt sie trinken an dem reinen Quell unsrer klassischen Litteratur! Hat wohl einer die Frauenfrage besser verstanden als Goethe, wenn er sagt: „Dienen lerne beizeiten das Weib nach seiner Bestimmung?“ Natürlich fehlt es da nicht an Naserümpfen: sich unterzuordnen ist nicht „hic.“ Ja was bleibt uns denn andres übrig, solange wir nicht bewiesen haben, daß wir Gleichwertiges leisten können? Unsre Anlagen sind ganz anderer Art, als daß wir uns jemals die Fähigkeiten aneignen könnten, im öffentlichen Leben Namenswertes zu leisten, Ausnahmen natürlich abgerechnet, aber wir haben es nicht mit Ausnahmen, sondern mit der Gesamtheit zu thun. Nun soll der Staat Frauengymnasien schaffen, Universitätsfreiheit gewähren und dergleichen mehr. Mag es geschehen: es wird nichts dabei heraus kommen; diese Bestrebungen werden im Sande verlaufen, trotz alles Geschreis. Besser wäre es ja, der Staat gäbe sich nicht zum Versuchsfelde her, sondern wendete seine Mittel für bessere Zwecke auf. Schafft unsern Kräften Raum, baut unsre Kolonien aus, schafft neue hinzu! Wie bald würde das den Frauen zu gute kommen, wenn eine größere Zahl mutiger Männer hinausziehen könnte, frische, arbeitstüchtige Frauen zur Seite, die sich nicht scheuen, unter Verzicht auf Familien- und Modejournale ihren Wohl zu bauen.

Wir haben das Zeug dazu, Gutes, Vortreffliches, Bewundernswertes zu leisten in unsrer Sphäre. Wie viel bleichsüchtige, verbildete, unbefriedigte Mädchen ich auch schon kennen gelernt habe, ebenso viel tüchtige, aufopferungsfähige Frauen und Mütter sind mir begegnet. Sie waren in der Schule des Lebens, getrieben durch die Liebe zu Mann und Kind herangereift zu dem, was sie von Rechts wegen schon bei Beginn der Ehe hätten sein sollen. Wenn all die tüchtigen Hausfrauen und Mütter erzählen könnten, welches Lehrgeld, welche Irrtümer, welche Thränen es gekostet hat, ehe sie das wurden, was der Mann von dem Weibe seiner Wahl verlangen kann, wie bald würden sich alle die, die jetzt Gymnasien für Frauen einrichten wollen, sagen: laßt uns doch unsre Frauen erst zu ihrem eigensten Berufe heranbilden und sehen, ob sich nicht dann die Geschließungen mehren werden und die ganze soziale Frage ein andres Gesicht bekommt. Ja ich spreche nach, was eine mutige Frau kürzlich aussprach: „Die Frau hat Schuld.“ Unsre weibliche Jugend wird schlecht erzogen. Seit etwa fünf Jahren ist es ja

wieder etwas besser geworden, aber unendlich viel bleibt noch zu thun. Gebt unsern Töchtern eine tüchtige Fächerziehung, richtet Haushaltungsschulen ein, lehrt Krankenpflege und alle Zweige, die mit dem Haushalt zusammenhängen, und die auch außerhalb des Rahmens der Familie eine lohnende Thätigkeit bilden. Man wende nicht ein, daß es bei dem jetzigen Stande der Industrie vorteilhafter sei, „fertige Sachen“ zu kaufen, daß man alles zum Leben nötige für billiges Geld fitz und fertig erhalte. Das ist nicht wahr, wenn auch Bebel in seinem Buche „Die Frau“ das goldne Zeitalter preist, wo die Frau es „nicht mehr nötig hat,“ zu kochen (als ob Kochen nicht ein sehr plätschliches Geschäft wäre!). Die besteingerichtete Garlküche wird die Speisen immer noch ein gut Teil teurer liefern, als sie im Haushalte hergestellt werden können, von der moralischen Seite natürlich ganz abgesehen. Wenn die Arbeiterfrauen rechnen oder überhaupt nur ernstlich denken könnten, so würden ihnen diese Phrasen wie viele andre gar nicht imponiren. Ich war einmal unfreiwillige Zeugin eines Gesprächs, das jüdische Kaufleute mit einander führten; der Refrain war: „An fertiger Ware wird das Meiste verdient.“ Das läßt sich aber auf alle Zweige der Hauswirtschaft anwenden. Noch immer lohnt es sich, selbst zu nähen, im Hause Wäsche, Kleider usw. anfertigen zu lassen, Früchte und Gemüse selbst einzukochen, zu backen, zu waschen, zu plätten. Man muß es nur ordentlich verstehen. Aber da sitzt der Haken! Unsern Mädchen wird nicht mehr von Jugend an die Zuverlässigkeit und Exaktheit eingebläut, die dazu gehört, und ohne tüchtige Anstrengung läßt sich das alles auch nicht lernen.

M. K.



Litteratur

Volkswirtschaftliche Schriften. Die Nationalökonomien Proudhonischer Richtung sehen bekanntlich das Grundübel der Zeit weder in der Loslösung der Massen vom Grund und Boden noch in einer unbilligen Verteilung des in der Produktion entstehenden Mehrwerts, sondern darin, daß sich in die Warenverteilung, in den Handel viele überflüssige Personen einschleichen, die als Schmarozker anzusehen und daher auszustoßen seien. Aus dieser Anschauung sind die Konsumvereine hervorgegangen, und es ist nur natürlich, daß die Genossenschaftsleiter die ganze Volkswirtschaft in dieser einseitigen Weise auffassen, was nichts schadet, da ja eben der einzelne reformatorisch thätige nur eben die Seite des volkswirtschaftlichen Prozesses ins Auge zu fassen hat, auf die seine Thätigkeit gerichtet ist; die auf andern Seiten thätigen mögen ihn ergänzen. Von diesem genossenschaftlichen Standpunkte aus hat Dr. Hans Müller im Auftrage des Verbands schweizerischer Konsumvereine für die zweite Landesausstellung in Genf voriges Jahr sein Buch: Die schweizerischen Konsumgenossenschaften (Basel, Verlag des Verbands schweizerischer Konsumvereine, 1896) geschrieben. In der Schweiz mußte die fehlerhafte Warenverteilung schon deswegen zuerst ins Auge fallen, weil bis vor wenigen Jahrzehnten die Bodenfrage gar nicht vorhanden war und auch heute noch in geringem Umfange vorhanden ist. In den vierziger Jahren wurde die Zahl der